

Vorlage Nr.: **2022/2207**

Verantwortlich: **Dez. 3**

Dienststelle: **SJB**

Aktueller Sachstandsbericht zum Haushaltssicherungsprozess

Beratungsfolge dieser Vorlage

Gremium	Termin	TOP	ö	nö	Ergebnis
Sozialausschuss	16.11.2022	9		x	

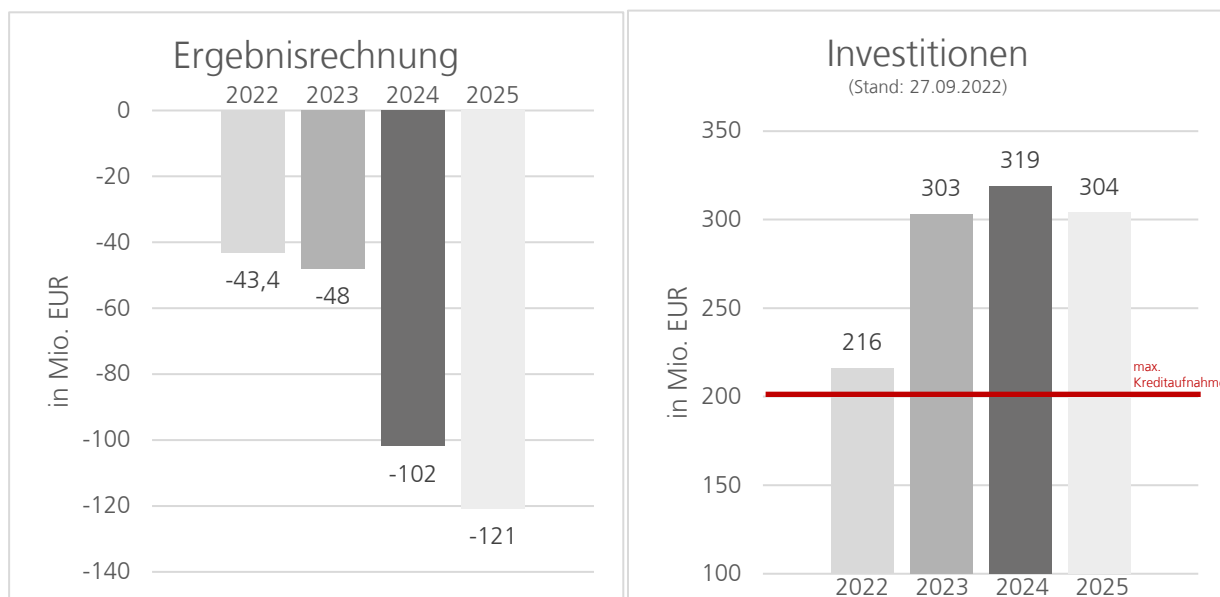
Beschlussantrag

Der Sozialausschuss nimmt die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen	Ja ☒ Nein ☐				
☐ Investition ☒ Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:			
Finanzierung ☐ bereits vollständig budgetiert ☐ teilweise budgetiert ☒ nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch ☐ Mehrerträge/-einzahlung ☐ Wegfall bestehender Aufgaben ☐ Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.			
CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)		Nein ☒	Ja ☐	positiv ☐ negativ ☐	geringfügig ☐ erheblich ☐
IQ-relevant	Nein ☒	Ja ☐	Korridorthema:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein ☒	Ja ☐	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein ☒	Ja ☐	abgestimmt mit		

Ergänzende Erläuterungen

Notwendigkeit der Haushaltssicherung



Im Doppelhaushalt 2022/2023 sowie in den Jahren des nächsten Doppelhaushaltes 2024/2025 wird die Stadt Karlsruhe nach aktuellem Planungsstand ihren Ergebnishaushalt nicht ausgleichen können. Auch wird es nicht möglich sein, aus der laufenden Verwaltungstätigkeit einen liquiden Überschuss zu erzielen, der zur Finanzierung der städtischen Investitionen herangezogen wird. Die Investitionen sind daher eins zu eins mit Krediten zu finanzieren. Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat hierauf reagiert und den aktuellen Doppelhaushalt 2022/2023 nur **unter strengen Auflagen genehmigt**. Der Ergebnishaushalt ist durch geeignete Maßnahmen zu konsolidieren und die weitere Verschuldung pro Haushaltsjahr wurde auf jeweils 200 Millionen Euro gedeckelt.

Die Stadt Karlsruhe ergreift aktuell im Rahmen des Gesamtkonzepts zur „**Haushaltssicherung**“ geeignete Maßnahmen. Mit der dritten Stufe richtet sich der Fokus auf die Haushaltsaufstellung des Doppelhaushalts 2024/2025. Hierzu wurden die städtischen Ämter, Stabsstellen und Dezernate im April 2022 aufgefordert, Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung von **60 Millionen Euro** zu erarbeiten. Die für 2024 bis zum prognostizierten **Defizit von 102 Millionen Euro** verbleibenden 42 Millionen Euro sollen über einen konsequenten Haushaltsvollzug aufgebracht werden.

Aufgrund aktueller Preissteigerungen wird ein **konsequenter Haushaltssicherungsprozess notwendiger** denn je.

Um die städtische Handlungsfähigkeit weiterhin gewährleisten zu können, wurden nachfolgende Maßnahmen durch den entsprechenden Fachbereich erarbeitet:

1. Reduzierte Budgets beziehungsweise erzielte Mehrerträge

In einem mehrstufigen sehr aufwendigen und komplexen Prozess wurde der gesamte Teilhaushalt 5000 der Sozial- und Jugendbehörde analysiert. Dazu gehören alle Aufgaben und Projekte, die sich im Haushalt unter PSP-Elementen und Sachkonten verbergen. Im ersten Schritt wurden die Sozial- und Jugendhilfetransferbudgets betrachtet, im zweiten Schritt die Verwaltungsbudgets.

Es wurden in allen Bereichen ein SOLL-IST Abgleich des Jahresergebnisses 2021 vorgenommen und die aktuellen Haushaltsansätze 2022 sowie die Aufgaben und Projekte ab 2024 sorgfältig geprüft. Dadurch haben sich Budgetkorrekturmöglichkeiten ergeben.

Insbesondere hat auch die Corona-Pandemie gezeigt, dass sich soziale Beratungs- und Sicherungssysteme bewährt haben.

Die vorliegenden Zahlen berücksichtigen nicht die Auswirkungen der Ukraine-Krise sowie der Energiemangel-Lage, die zum jetzigen Zeitpunkt für das Jahr 2024 nicht adäquat beziffert werden können (Entwicklung Fallzahlen in allen Hilfebereichen, Energiekosten und die Auswirkungen auf Sozial- und Jugendhilfeleistungen, Förderung von Trägern und deren Einrichtungen, Auswirkungen der Inflation auf Regelsätze und so weiter).

In der Anlage werden die in der mittelfristigen Finanzplanung enthaltenden Haushaltsansätze und die im Rahmen der Haushaltsicherung vorgeschlagenen voraussichtlichen Mehrerträge sowie die Aufwandsreduzierungen näher erläutert. Auf der Ertragsseite hat die Sozial- und Jugendbehörde in den von der Haushaltssicherung betroffenen Positionen Haushaltsansätze im Jahr 2024 laut mittelfristiger Finanzplanung von 71.370.000 Euro zuzüglich 5.325.600 Euro Ertragssteigerungen, so dass mit 76.695.600 Euro Erträgen zu rechnen ist. Auf der Aufwandseite hat die Sozial- und Jugendbehörde in den von der Haushaltssicherung betroffenen Positionen Haushaltsansätze im Jahr 2024 laut mittelfristiger Finanzplanung von 361.544.750 Euro abzüglich 15.047.571 Euro Aufwandsreduzierungen, so dass mit 346.497.179 Euro Aufwendungen zu rechnen ist.

2. Plausibilisierte Maßnahmen

Zuständigkeit Verwaltung

Bereich/Amt	Maßnahme Name	Summe des Vorschlags (2024)	Erwartete Summe
SJB	Mehreinnahmen durch Landeszuweisungen nach § 29 b, c, e FAG (Kita-Finanzierung)	3.500.000 €	3.500.000 €
SJB	Mehrerträge aufgrund von Prüfung und Rückforderung von Zuschüssen zur Kindertagesbetreuung	1.500.000 €	1.500.000 €
SJB	Drittmittelakquise im Bereich der Jugendhilfeleistungen	50.000 €	50.000 €
SJB	Aufnahme von konkret realisierbaren Kita-Plätzen in der HH-Planung	5.450.000 €	5.450.000 €
SJB	Budgetanpassung im Bereich Hortförderung	253.600 €	253.600 €
SJB	Reduzierung der Verwaltungsbudgets in der SJB (weniger Fortbildungen, Dienstreisen, Veranstaltungen)	269.000 €	269.000 €
SJB	Aufwendungen für „Kosten der Unterkunft (SGB II)“ steigen nicht im geplanten Umfang	2.500.000 €	2.500.000 €
SJB	Aufwendungen für „Hilfe zur Pflege“ steigen nicht im geplanten Umfang	4.292.171 €	4.292.171 €
SJB	Aufwendungen für „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ steigen nicht im geplanten Umfang	300.000 €	300.000 €
SJB	Budgetanpassungen und Optimierungsmöglichkeiten im Bereich Jugendhilfeleistungen	500.000 €	500.000 €
stja	Strukturelle Einsparungen	33.300 €	33.300 €

stja	Verzicht auf den Doppeldeckerbus der Mobilen Spielaktion	10.000 €	10.000 €
stja	Korrektur HH-Ansatz der Karlsruher Pass	750.000 €	750.000 €
stja	Korrektur HH-Ansatz der Karlsruher Kinderpass	250.000 €	250.000 €
Gesamt:		19.658.071 €	19.658.071 €

Die Begründungen sind in der Anlage aufgeführt.

Zuständigkeit Jugendhilfeausschuss bzw. Sozialausschuss/Gemeinderat

Bereich/Amt	Maßnahme Name	Summe des Vorschlags (2024)	Erwartete Summe
SJB	Erhöhung der Benutzungsentgelte in städtischen Kindertageseinrichtungen (Beschluss Gemeinderat vom 31.05.2022)	195.600 €	195.600 €
SJB	Schulsozialarbeit: Zusätzliche Landeszuschüsse für Schulsozialarbeit-Stellen	80.000 €	80.000 €
SJB	Budgetanpassung afka: Schulsozialarbeit	40.000 €	40.000 €
SJB	Innovative Pflege (Modellversuch AWO und Paritätischer)	100.000 €	100.000 €
SJB	Kurzzeitpflege (Caritasverband)	85.000 €	85.000 €
SJB	Diverse kleine Budgetanpassungen im Bereich der Förderung freier Träger	205.500 €	205.500 €
stja	Einsparung „Jugend stärken“ (Jugendbeteiligung)	9.000 €	9.000 €
Gesamt:		715.100 €	715.100 €

Die Begründungen sind in der Anlage aufgeführt.

3. Strategische Ziele für die nächsten Jahre

Im Zuge der Haushaltssicherung hat die SJB eine ausführliche Budgetanalyse und eine optimierte realistische Budgetplanung vollzogen.

Die Themen der Zukunft sind weitere dynamische Veränderungen im Jugend- und Sozialbereich, sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Aufwandsseite. Auf der Ertragsseite wird es weiterhin positive Bewegungen in der Erstattung von Aufwendungen der Flüchtlingsarbeit geben, die sich über mehrere Jahre hinziehen werden. Ebenso dynamisch ist der Bereich der Kindertagesbetreuung. Der weitere Ausbau wirkt sich sowohl auf die Ertragslage aus (aufgrund des kommunalen Finanzausgleichs und der Landeszuschüsse aus dem Kita-Qualitätsgesetz), wie auch auf die gesteigerten Aufwendungen bei den Betriebs- und Investitionskosten. Die weiteren Umsetzungen des Bundesteilhabegesetzes und des neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz werden sich ebenfalls sowohl auf der Ertrags-, wie auch auf der Aufwandsseite auswirken. Auch bei den Aufwendungen im Integrationsmanagement werden sich Bewegungen zeigen, die davon abhängen, wie sich der Krieg in der Ukraine entwickelt und ob Karlsruhe als Aufnahmestadt weitere Aufgaben erhält.

Die Krisen der letzten drei Jahre haben den Haushalt bisher nicht überbelastet, haben aber eine große Dynamik bei den Maßnahmen und Anforderungen, um den sozialen Frieden in der Stadt aufrecht zu erhalten, erzeugt. Gewachsene Strukturen und Kooperationen mit den Trägern ermöglichten einen guten Umgang mit den neuen Themen. Ein zielorientiertes Wirkungscontrolling ist im Aufbau, um die Wirtschaftlichkeit der Entwicklungen im Blick zu behalten. Die Digitalisierung wird sich zuerst in

aufwändigen Prozessen und Anschaffungen abbilden, bis durch die Vereinfachung und Reduzierung von Abläufen eine Aufwandsreduzierung entsteht. Dafür ist in einer Behörde von der Größe der SJB in den nächsten Jahren ein großer Einsatz an Personal und Ausstattung notwendig.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kenntnis.